

Es gibt genug Lehrstellen

Ungleich begehrte Berufe

Die Grosswetterlage auf dem Schweizer Lehrstellenmarkt präsentiert sich weitgehend stabil. Zwischen den Branchen gibt es allerdings Unterschiede.

msc. · In quantitativer Hinsicht gibt es vom Lehrstellenmarkt weiterhin Gutes zu vermelden. Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, stehen nicht vor verschlossenen Türen. Im Gegenteil: Es gibt sogar ein wenig mehr Lehrstellen als Nachfrager. Dies geht aus dem Lehrstellenbarometer hervor, das am Mittwoch vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) publiziert worden ist.

Hochgerechnet interessierten sich am Stichtag der Erhebung, dem 15. April 2013, rund 78 000 Jugendliche (Vorjahr: 80 500) für eine Lehrstelle. Die befragten Unternehmen meldeten ein Angebot von hochgerechnet 81 500 Lehrstellen (Vorjahr: 80 000). Wie das SBFI in der Mitteilung schreibt, deutet die Befragung darauf hin, dass die Lehrstellen heuer später vergeben werden als im Vorjahr. So hatten 51 000 Jugendliche am Stichtag ihre Lehrstelle auf sicher, 7000 weniger als 2012.

Angebot und Nachfrage sind indes je nach Branche differenziert anzuschauen. In folgenden Berufsfeldern nämlich gibt es gemessen an den interessierten Jugendlichen nicht genügend Lehrstellen: Druck und Kunst, Gesundheit und Soziales, Informatik, verarbeitendes Gewerbe und Verkauf. In den Gesundheits- und Sozialberufen ist der Graben zwischen 9000 angebotenen und 13 500 nachgefragten Lehrstellen am grössten. Folgende Branchen dagegen bieten mehr Lehrstellen an, als nachgefragt werden: Architektur- und Baugewerbe, Büro- und Informationswesen, Landwirtschaft und technische Berufe. In der Dienstleistungsbranche entsprechen sich Angebot und Nachfrage.

Insgesamt standen am Stichtag rund 141 000 Jugendliche vor der Wahl ihrer Ausbildung (Vorjahr: 145 000). Laut SBFI dürfte diese Abnahme demografische Gründe haben. Etwa 55 Prozent von ihnen erwärmen sich grundsätzlich für die Berufslehre. Ausschliesslich für eine Lehre interessierten sich 49 Prozent aller Jugendlichen. 2005 waren dies noch 54 Prozent gewesen. – Das Lehrstellenbarometer wird zweimal jährlich erstellt. Diesmal wurden rund 2800 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 20 Jahren telefonisch befragt. Auf der anderen Seite nahmen 5889 Betriebe an der schriftlichen Befragung teil.

EU-Ärger über Ventilklausel ist verpufft

Aussprache über Fragen der Personenfreizügigkeit in Brüssel

Im Gemischten Ausschuss für die Personenfreizügigkeit hat die Schweizer Seite die gefährdete Akzeptanz der liberalisierten Migration ins Zentrum gestellt.

Marianne Truttmann, Brüssel

Die EU-Staaten scheinen sich damit abgefunden zu haben, dass die Schweiz erneut die Ventilklausel angerufen hat. Wie Mario Gattiker, Direktor des Bundesamtes für Migration, nach der Sitzung des Gemischten Ausschusses Personenfreizügigkeit in Brüssel erklärt hat, gibt es zwar nach wie vor Differenzen über die Berechnung der massgebenden Werte. Da die notwendige Schwelle aber auch gemäss der Berechnungsmethode der EU erreicht wurde, habe die EU akzeptiert, dass die Schweiz einseitig ihr Recht zur Anrufung der Klausel genutzt habe, sagte Gattiker. Bis zum 24. Mai hat die Schweiz laut Auskunft des Bundesamtes für Migration 60 844 Aufenthaltsbewilligungen an Personen aus der EU-25 erteilt und damit die vertragliche Schwelle von 60 441 Bewilligungen erreicht.

Von den an der Sitzung teilnehmenden Vertretern von dreizehn Mitglied-

staaten hat sich denn auch niemand zur Ventilklausel geäussert. Das dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass sich die beiden Seiten einig sind, dass die Ventilklausel für die EU-17 und die EU-8 ein Auslaufmodell ist und dieses Jahr zum letzten Mal angewendet werden konnte.

Fragen zur Armutsmigration

Aktiv angesprochen hat die Schweiz ferner das Thema Armutsmigration. Laut Gattiker gibt es in der Schweiz – wie auch in der EU – noch keine statistischen Daten über das Phänomen. Festgestellt wurde aber, dass neu seit dem letzten Jahr Stellensuchende aus kriselnden EU-Staaten, etwa Spanien, in die Schweiz kommen. Je nach Kanton erhalten sie teilweise Sozialhilfe.

Nun gehe es darum, in der Schweiz und in den EU-Staaten, offene Fragen zu klären, beispielsweise einen Missbrauch der Personenfreizügigkeit durch Scheinselbständige oder Ansprüche auf Sozialleistungen. Auf Druck der Innenminister von Deutschland, Grossbritannien, der Niederlande und Österreich haben die EU-Innenminister beim letzten Ratstreffen einen Expertenausschuss zur Personenfreizügigkeit mit der Abklärung beauftragt. Die Schweiz ist

dort nicht Mitglied, soll aber via die Expertengruppe Soziale Sicherheit, der sie angehört, informiert werden.

Gefährdete Akzeptanz

«Beide Seiten wollen den Kern der Personenfreizügigkeit erhalten», betonte Gattiker. Die Schweiz habe an der Sitzung darauf gepocht, dass Fragen, die von der Bevölkerung gestellt werden, nicht einfach ignoriert werden dürften.

Generell versuchte die Schweizer Delegation den EU-Vertretern klarzumachen, dass die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit in der Schweiz gefährdet ist. So informierte sie über die beiden in der Schweiz anstehenden Initiativen «Gegen Masseneinwanderung» und «Stopp der Überbevölkerung», die erhebliche Probleme der Vereinbarkeit mit der Personenfreizügigkeit schaffen würden. Die Information über die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative blieb vorläufig, da die Botschaft des Bundesrates noch aussteht.

Etwas entschärft haben sich laut Gattiker mit der Einsetzung von Arbeitsgruppen die Probleme mit den flankierenden Massnahmen, wo sich die beiden Partner gegenseitig vorwerfen, den Marktzugang mit Schikanen zu erschweren.

Neue Berechnungen zur Energiewende

Laut der Energie-Stiftung ist der Atomausstieg günstiger als die Fortführung des Status quo

Je stärker der Ölpreis steige, desto besser fahre die Schweiz mit der Energiewende. Eine Studie der Energie-Stiftung geht von höheren Preisen für Heizöl und Benzin aus als der Bund.

For. Bern · Das Portfolio an Studien zur Energiewende wächst weiter. Am Mittwoch präsentierte die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) ein Papier, das die Kosten der Energiewende unter Annahme von verschiedenen Preisentwicklungen bei den fossilen Energien unter die Lupe nimmt. Seine Arbeit sei so falsch wie alle anderen auch, sagte Studienautor Beat Meier von der Firma Bemepro bei der Präsentation mit einem Augenzwinkern und wies darauf hin, dass seine Studie keine Prognose sei. Vielmehr handelt es sich um Szenarien, die zeigen, was unter bestimmten Annahmen passieren wird.

Die Studie geht von den beiden Szenarien Energiewende (entspricht dem

Szenario «Neue Energiepolitik» des Bundes) und Nicht-Wende («Weiter wie bisher») aus. Bei der Entwicklung des Endenergieverbrauchs stützt sie sich auf die Zahlen des Bundes. Bis 2050 sinkt der Energieverbrauch um 17 Prozent (Nicht-Wende) beziehungsweise um 40 Prozent (Energiewende). Die Mehrkosten der Energiewende gehen auf das Konto von Investitionen in effizientere Technologien und erneuerbare Energien. Einsparungen ergeben sich, weil weniger Geld für Heizöl und Benzin ausgegeben wird.

Der grosse Unterschied zu den Szenarien des Bundes liegt bei den Annahmen zur Preisentwicklung der fossilen Energien. Die Studie geht von grösseren Preisaufschlägen aus. Beim ersten Szenario («moderat») schreibt sie die 2012 aktualisierten Zahlen der Internationalen Energieagentur fort. Das Bundesamt für Energie stützt sich bei seinen Berechnungen auf Zahlen von 2010. Demnach liegt der Rohölpreis 2030 bei 140 Dollar pro Barrel. Heute kostet ein Barrel rund 100 Dollar. Unter

diesen Annahmen kommt die Energiewende bis 2050 insgesamt rund 13 Milliarden Franken (360 Millionen pro Jahr) teurer zu stehen als die Fortführung des Status quo. Auf der Zeitachse erreichen die Mehrkosten um 2025 mit maximal 1,4 Milliarden Franken pro Jahr ihren Höhepunkt. Ab 2040 wird die Energieversorgung dann günstiger.

Je höher also der zugrunde liegende Rohölpreis, desto günstiger – in relativer Betrachtung – wird die Energiewende. In einem zweiten Szenario («hoch»), das auf Schätzungen der amerikanischen Energiestatistikbehörden beruht, kommt die Energiewende die Schweiz pro Jahr 3,3 Milliarden Franken günstiger zu stehen als das «Weiter wie bisher». Der Ölpreis liegt hier 2030 bei 200 Dollar pro Barrel. Laut dem Studienautor liegt die wahrscheinlichste Entwicklung des Ölpreises irgendwo zwischen diesen beiden Szenarien.

Der Bund beziffert die volkswirtschaftlichen Kosten der Energiewende bis 2050 auf rund 52 Milliarden Franken. Dies entspricht 1,5 Milliarden pro Jahr.

Fall Marie wird länger untersucht

Bericht erst im August

aku. · Der ursprünglich für Ende Juni in Aussicht gestellte Bericht zur Administrativuntersuchung im Fall Marie wird erst im August vorliegen. Dies hat das Waadtänder Kantonsgericht auf Anfrage mitgeteilt. Als Grund der Verzögerung gab eine Sprecherin an, dass sich der anvisierte Zeitplan wegen der Komplexität und der Wichtigkeit des Falles als zu ambitiös erwiesen habe.

Die Administrativuntersuchung nimmt die Rolle der Waadtländer Justiz im Fall der von einem verurteilten Sexualstraftäter getöteten 19-jährigen Marie unter die Lupe. Der Verurteilte befand sich zum Zeitpunkt der Tat Mitte Mai im Hausarrest, obwohl ihn die Vollzugsbehörden erneut hinter Gitter bringen wollten. Die Administrativuntersuchung soll ans Licht bringen, wie die verschiedenen Entscheide der Justiz zustande gekommen sind, und Verbesserungsvorschläge für den Strafvollzug machen. Im Fokus steht vor allem ein umstrittenes Urteil eines Vollzugsrichters, das dazu geführt hatte, dass der Mann nicht zurück ins Gefängnis musste. Der mit der Untersuchung betraute Rechtsanwalt Felix Bänziger hat seine Arbeit Ende Mai aufgenommen und wird laut Auskunft des Kantonsgerichts kommende Woche die ersten Personen befragen.

Beitrag an Mali für faire Wahlen

Fokus auf Meinungsbildung

(sda) · Nach der Einigung von Malis Regierung mit den Tuareg-Rebellen auf eine Waffenruhe sollte der Durchführung der Präsidentenwahl Ende Juli nichts mehr im Wege stehen. Um möglichst transparente Wahlen zu garantieren, unterstützt die internationale Gemeinschaft Mali mit 113 Millionen Franken. Die Schweiz wird 3,25 Millionen Franken beisteuern. Neben transparenten Wahlen soll dieser Beitrag auch eine umfassende Meinungsbildung der Malier ermöglichen. Das Augenmerk der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit gilt dabei den Medien und der Zivilgesellschaft. Das Engagement erlaube auch eine Bildungsoffensive bei Jungen, Frauen sowie lokalen Chefs und politischen Parteien.

Die Schweiz wird zudem fünf Wahlbeobachter im Rahmen der Beobachtungsmission der EU nach Mali entsenden. Dies erklärte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA.



Schweizer Berghilfe
Aide Suisse aux Montagnards
Aiuto Svizzero ai Montanari
Agid Svizzer per la Muntogna

Die Schweizer Berghilfe verbessert die Existenzgrundlagen der Bergbevölkerung. Mit Ihrer Unterstützung realisieren wir Jahr für Jahr Hunderte von Projekten, damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunft haben.

Jede Unterstützung zählt:
PC-Konto 80-32443-2 oder
www.berghilfe.ch